

15. März 2003

# Pressemitteilung

## des Landeselternrates Sachsen

### **Volksbegehren oder CDU-Gesetzesinitiative**

Auf seiner regulären Tagung am 15.03.2003 in Crostwitz hat sich der LER zusammen mit den Vorsitzenden der Kreiselternräte mit dem Volksbegehren „Zukunft braucht Schule“ und der Gesetzesinitiative der CDU-Fraktion des sächsischen Landtages „Das bessere Schulkonzept“ befasst.

Zunächst wurde mit Bedauern festgestellt, dass verschiedene gesellschaftliche Gruppen versuchen, das Volksbegehren, das aus verschiedenen Elterninitiativen entstanden ist, für eigene Belange zu instrumentalisieren.

Verwunderung herrschte auch darüber, dass den Eltern und dem LER vorgeworfen wird, sich beim Volksbegehren nicht ausreichend zu engagieren. Das weisen wir ausdrücklich zurück. Bereits in der LER-Sitzung vom 12.05.2001 wurde beschlossen, das Volksbegehren (Volksantrag) zu unterstützen.

Der LER sieht sein Aufgabengebiet darüber hinaus auch in der Unterstützung einzelner Initiativen in der Koordinierung der Belange und Vertretung aller Eltern gegenüber der Staatsregierung des Freistaates.

Alle Aktivitäten, die dem Wohle unsere Kinder und der Weiterentwicklung der Bildungslandschaft dienen, sind uns willkommen.

So rufen wir die Eltern und Elternräte weiterhin auf, sich für das Volksbegehren einzusetzen.

Andererseits begrüßen wir ausdrücklich die Gesetzesinitiative der CDU-Fraktion und bieten an, im Gespräch weitergehende Vorstellungen der Eltern einzubringen. Wir erwarten dadurch, schnellstmöglich einen Konsens zu finden.

Wir fordern auch die Vertreter des Volksbegehrens und der CDU auf, aufeinander zuzugehen und gemeinsam nach einem guten Kompromiss zu suchen, der eine schnelle Erneuerung des Schulgesetzes nach sich zieht.